

1 **A3_Dringlichkeit_Resoteil_Versammlungsgesetz kippen**

2
3 Die Landesmitgliederversammlung möge folgenden Antrag beschließen und in die
4 Resolution aufnehmen.

5
6 In Baden-Württemberg sollte Anfang 2009 ein neues Versammlungsgesetz in Kraft treten. Durch
7 Proteste zahlreicher, vor allem antifaschistischer, gewerkschaftlicher, friedenspolitischer und anderer
8 demokratischer Organisationen sowie GRÜNER und JUNGE GRÜNER seite, mit dem Höhepunkt
9 einer Großdemonstration in Stuttgart mit mehreren tausend Teilnehmern wurde dessen Einführung
10 bislang verhindert. Eine Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes hinsichtlich eines ähnlichen
11 Gesetzes in Bayern verlangte zudem eine Überarbeitung des ursprünglichen Gesetzentwurfs. [1]

12 Die Eckpfeiler des von der schwarz – gelber Landesregierung sehen wie folgt aus:

- 13 • In Zukunft soll die Polizei Versammlungen leichter videoüberwachen dürfen, und zwar, wenn
14 ein „besonderes Gefährdungsrisiko“ besteht. Videoüberwachung im öffentlichen Raum bleibt
15 weiterhin erlaubt, wenn die Kameras an „Kriminalitätsbrennpunkten“ aufgestellt sind. Diese
16 werden im Gesetzentwurf als Orte definiert, „an denen sich die Kriminalitätsbelastung von der
17 des Gemeindegebiets deutlich abhebt“.
- 18 • „Zur Abwehr einer erheblichen Gefahr oder zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten“
19 wird in Baden-Württemberg nach dem Willen des Innenministeriums künftig eine GPS-Ortung
20 erlaubt sein. Außerdem enthält der Gesetzentwurf eine Regelung zum Einsatz automatischer
21 Kennzeichenlesesysteme (KFZ-Kennzeichenüberwachung).
- 22 • Darüber hinaus ist der Bereich Telekommunikation von der geplanten Gesetzesänderung
23 betroffen. Künftig sollen Kommunikationsverbindungsdaten überwacht werden. Auch der
24 Einsatz von [IMSI-Catchern](#), mit denen der Standort eines Mobiltelefons ermittelt werden kann,
25 erhält eine rechtliche Grundlage. [2]

26
27 Aber auch das Ziel, mit einem neuen Versammlungsgesetz Naziaufmärsche besser verhindern zu
28 können, wurde mit diesem Gesetzentwurf nicht erreicht. - Stattdessen behinderte er eher diejenigen,
29 die sich durch Demonstrationen gegen Rechtsextreme wenden. Die Einschränkung der
30 Versammlungsfreiheit trifft eben nicht nur Nazis, sondern uns alle. Der Kampf gegen
31 Rechtsextremismus muss anders angelegt sein, als über die Einschränkung von Grundrechten. Zu
32 einer lebendigen Demokratie gehört auch eine lebendige Demonstrationskultur. Überhaupt ist es ein
33 fataler Trugschluss, davon auszugehen, dass der Abbau von Freiheitsrechten zu mehr Sicherheit
34 führen würde. Unserer Meinung nach muss genau das Gegenteil gelten: Mit Sicherheit für
35 BürgerInnenrechte!“

36
37 Die GRÜNE JUGEND BW fordert deshalb die vollkommene Abschaffung des
38 geplanten Versammlungsgesetzes.

39
40 [1] <http://www.stattweb.de/baseportal/NewsDetail&db=News&Id=6988>

41
42 [2] <http://de.wikinews.org/wiki/Baden->

43
44 [W%C3%BCrtemberg: Umstrittenes Polizeigesetz wird in den Landtag eingebracht, neues Versammlungsrecht zur Anh%C3%B6rung freigegeben](#)

45
46
47
48
49